



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

53. Sitzung (öffentlich)
4. März 2004
Düsseldorf - Haus des Landtags
13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)
Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der **Ausschuss** überein, den Tagesordnungspunkt **"Neues e-Medium nutzen - Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen"** von der Tagesordnung abzusetzen.

1

1 Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)

2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4986

Die Beratung des Gesetzentwurfs wird zurückgestellt, bis die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände vorliegt.

2 Erstes Gesetz zur Befristung des Landesrechts Nordrhein-Westfalen 2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4868
Vorlage 13/2653

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs

3 Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (Rettungstaten G) 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4869

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (STWG) 5

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4998

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Gesetzentwurf.

5 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 5

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Hauptausschuss, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion abzulehnen.

6 Bundeseinheitliches Antikorruptionsregister

6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4764

Der Ausschuss vertagt die Beratung über den Antrag der FDP-Fraktion.

7 Einrichtung für delinquente Kinder als Beitrag zur Verhinderung von Straftaten und zur Förderung der Inneren Sicherheit in NRW

6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4400

Mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion beschließt der **Ausschuss**, ein Expertengespräch durchzuführen.

8 Stand der geplanten Schließung der Polizeischulen

8

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Staatssekretär Hans Krings (IM) entgegen und führt darüber eine Aussprache.

9 Neue Zentrale des Kalif-Staates in Köln-Ehrenfeld

10

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

10 Kann der Landrat des Kreises Paderborn, der am Steuer seines Dienstwagens die örtliche Geschwindigkeitsbegrenzung erheblich überschritten hat, für sich Sonderrechte in Anspruch nehmen?

12

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

11 Tötung eines Polizeibeamten des SEK Köln am 03.02.2004

13

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
53. Sitzung (öffentlich)

04.03.2004

rt-be

3 Gesetz über die staatliche Anerkennung für Rettungstaten (Rettungstaten G)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4869

Vorsitzender Klaus Stallmann führt aus, dieser Gesetzentwurf sei lediglich an den Innenausschuss überwiesen worden, und nach der Geschäftsordnung sollten die Beratungen spätestens in der Sitzung am 6. Mai 2004 beendet sein. Im Rahmen der Plenardebatte hätten sich alle Fraktionen positiv über diesen Gesetzentwurf der Landesregierung geäußert. Allerdings habe er dafür plädiert, die geldliche Anerkennung in den Gesetzentwurf wieder aufzunehmen. Laut Haushaltsplan handele es sich um einen Betrag von 2.500 € pro Jahr.

Jürgen Jentsch (SPD) hält eine geldliche Anerkennung für nicht notwendig. Auch auf kommunaler Ebene werde mittlerweile darauf verzichtet, Geldgeschenke zu verteilen, da sie nicht mehr in der Lage seien, dieses zu finanzieren. Zwar freue man sich, wenn man 100 € bekomme, allerdings führe diese Summe nicht dazu, große Sprünge zu machen.

Monika Düker (GRÜNE) schließt sich der Einschätzung des Abgeordneten Jürgen Jentsch (SPD) an. Ihrer Ansicht nach, so die Abgeordnete, sollte man zwischen ideeller und materieller Bewertung trennen. In diesem Fall gehe es um eine ideelle Bewertung des Einsatzes von Menschen unter Einsatz ihres Lebens. Ihrer Meinung nach sei es auch eher peinlich, wenn man neben der Belobigung 50 € oder 100 € bekomme, weil dies in keinem Verhältnis zu der Tat stehe.

Karl Peter Brendel (FDP) lässt verlauten, hinsichtlich der Bedeutung des materiellen Teils der Anerkennung teile er die von der Abgeordneten Monika Düker (GRÜNE) vorgetragene Auffassung. Darüber hinaus hielte er es für absolut kontraproduktiv, nun eine kontroverse Diskussion über einen Geldbetrag zu führen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens legt dar:

Die Federführung für diesen Gesetzentwurf liegt bei der Staatskanzlei. Ich habe, seitdem ich das Amt des Innenministers innehabe, immer in Vertretung des Ministerpräsidenten kurz vor Weihnachten die Rettungsmedaillen ausgehändigt und kann deshalb aus eigenem Erleben aus dieser Veranstaltung und der Begegnung mit den Ausgezeichneten berichten. Auch ich glaube, dass die Diskussion über den Geldbetrag nicht zu öffentlich geführt werden sollte. Das Entscheidende ist, dass die Retter eine ideelle Anerkennung erfahren, die sich in einer Medaille ausdrückt. Das ist für einige sehr wichtig. Für andere ist es wichtig, aus der Hand der staatlichen Autorität eine Anerkennung bekommen zu haben. Ich glaube nicht, dass es den Leuten um das Geld geht.

Ausschuss für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
53. Sitzung (öffentlich)

04.03.2004

rt-be

Ursula Bolte (SPD) merkt an, auch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes sei lediglich mit einer Dankfeier und der Überreichung einer Urkunde oder Medaille verbunden. Vor diesem Hintergrund bitte sie darum, zu überlegen, ob eine finanzielle Belohnung wirklich notwendig sei.

Theo Kruse (CDU) führt an, es gehe lediglich um 2.500 € pro Jahr. Sollte diese finanzielle Belohnung nicht mit in den Gesetzentwurf aufgenommen werden, werde seine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

4 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes (STWG)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4998

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, dass die Federführung beim Ausschuss für Wissenschaft und Forschung liege, der in Kürze über ein Beratungsergebnis informiert werden wolle.

Karl Peter Brendel (FDP) sagt, seines Wissens ziehe der Wissenschaftsausschuss eine Anhörung in Erwägung. - Der **Ausschuss** stellt die Beratung über den Gesetzentwurf zurück.

5 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dr. Ingo Wolf (FDP) führt aus, er habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Gesetzentwurf seiner Fraktion von der Mehrheit nicht unterstützt werde. Seine Fraktion fühle sich dem Ziel der Nachhaltigkeit sehr stark verpflichtet und wolle das entsprechend umsetzen. Er bitte darum, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.